

Für Halle vierteljährlich bei postmöglicher Aufstellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., auschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen.

Ein amtlicher Zeitungsbeteiligter unter 'Saale-Zeitung' eingetragen. Für ununterbrochen eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung mit Quittungsbogen 'Saale-Ztg.' gefahrt.

Herausgeber der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Annoncen-Abteilung Nr. 1133.

Saale-Zeitung.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

werden die 6 Spalten Kolonnenbreite oder deren Raum mit 30 Pfg., welche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in weiteren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Kleinanzeigen die Zeit 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 Ml.

Erstausgabe täglich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal.

Redaktion und Haupt-Verwaltung: Halle, Gr. Sandbühlstr. 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 280.

Halle a. S., Dienstag, den 18. Juni.

1912.

Telegramme.

Die Zwei-Kaiser-Begegnung.

Der Petersburger Korrespondent der „Kön. Ztg.“ meldete dieser Tage seinem Blatte, daß Kaiser Wilhelm im Juli mit dem Jaren in den Schären zusammentreffen werde als Gegenbesuch für die Rostocker Zusammenkunft. Auf russischer Seite würden voraussichtlich der Ministerpräsident und der Minister des Aeußeren an der Zusammenkunft teilnehmen. Das möchte die Franzosen verdröben. Klingt behauptet, daß die „Temp“-Medung ging also deutlich hervor, daß man der Zwei-Kaiser-Begegnung in Frankreich mit ziemlichem Unbehagen entgegensteht.

Es berührt deshalb sehr wohlthuend, daß heute von offiziöser deutscher Seite der politische Charakter der Kaiserentreue in den finnischen Schären freitrag überstrichen wird. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt an der Spitze ihrer heutigen Ausgabe im offiziellen Sprechrohr:

«Berlin, 17. Juni, abends. Wie jetzt bekannt gegeben wird, wird Seine Majestät der Kaiser mit dem Jaren in den ersten Julitagen in den finnischen Schären zusammentreffen. In der Begleitung des Kaisers wird sich der Reichstanzler befinden.»

Die Naturschutzdenkmalfrage.

Halle a. S., 18. Juni 1912.

Die preußischen Ministerien der öffentlichen Arbeiten, des Kultus und des Innern haben zum Schutze der geschichtlichen und Naturdenkmäler in einem sehr bemerkenswerten Erlaß Stellung genommen. Die sogenannten Rotherischen Bedingungen von 1834 tragen da, wo sie bei Anlegung von Chauveaux noch zur Anwendung kommen, nicht unbedeutlich zur Vernichtung von geschichtlichen und Naturdenkmälern bei. Aber auch sonst läßt das Verfahren bei Chauveaux- und sonstigen Wegebauten nicht selten die wünschenswerte Rücksichtnahme auf die Interessen des Heimatparks und der Naturschutzmalpflege vermissen. So ist man anscheinend in Braunschweig in seinen Ansichten über die Erhaltung von geschichtlichen Denkmälern nicht gerade pietätvoll. Man hat dortbare Urkunde aus dem 6. Jahrhundert darstellt, einen Weg gelegt, der überflüssig auch anders hätte geführt werden können. Die Zerstörung dieses geschichtlichen Denkmals hat natürlich manchen Entwürfssturm erregt. Die „Braunschweiger Nachrichten“ wenden sich in einem klammernden Protest gegen solchen Barbaismus. Nach dem übereinstimmenden Urteil von etwa 150 Teilnehmern des deutschen Anthropologenkongresses dürfte in ganz Deutschland kaum ein zweites derartiges System von gewaltigen Erdwerken, die etwa fünf Quadratkilometer umfassen, wie die Keitlingwälder anzutreffen sein. In Zeiten der Völkerränne konnten die Bewohner des ganzen Vorlandes von Braunschweig dort Schutz finden. Die Anlage ist ja sächsisch, die wie schon gesagt, aus dem 6. Jahrhundert stammt. Die Hauptmasse der Befestigung gehört dem 8. Jahrhundert an und einige Zutaten reichen bis zum 13. Jahrhundert herab. Die Keitlingwälder stellen also eine wichtige Fundgrube für Waffen, Geräte, Eisenben und dergl. dar, an der ohne die dringende Not nichts geändert werden dürfte. Und nun hat man durch die trogige Wallmauer einen Weg gelegt. Die Entrüstung, die darob entstand, ist umjomehr zu verstehen, wenn man bedenkt, daß der bestehende Weg durch die Neuanlage um ausgerechnet zehn Meter vergrößert wird. Muß man sich bei betriebligen Wäldern nicht die Frage vorlegen: Genügen die geschichtlichen Bestimmungen gegen die Verunstaltung von Stadt und Land? Und das in einer Zeit, wo sich allenthalben lobenswerte Bestrebungen geltend machen, in der Umgebung der größeren Städte die durch das Anwachsen der Industrie und die Zunahme der Verkehrswege gefährdeten landschaftlichen Schönheiten zu schützen!

Die preußischen Ministerien empfehlen, nach wie vor darauf zu halten, daß bei Chauveaux und größeren Wegebauten die Erhaltung der Eigenart des Landschaftsbildes und gleichzeitige damit die Erhaltung der einzelnen geschichtlichen und Naturdenkmäler Berücksichtigung findet. Der Schutz des Landschaftsbildes wird sich in den meisten Fällen durch rücksichtsvolle Führung des Weges erreichen lassen. Namentlich wird es sich darum handeln, daß Felsenblöcke, schmiedende Bäume, Fundstellen seltener Pflanzen soweit irgend möglich vor Vernichtung bewahrt bleiben. In einzelnen Randbeständen sind es charakteristische freilegende erratische Blöcke, die infolge der Wegebauten mit völliger Vernichtung bedroht und schickiger Maßregeln in hohem Grade bedürftig sind. Auch der Bau von Mauerwerk empfindlich bei Ausföhrung von Hoch- und Tiefbauten, bei Wall- und Grabungen usw. darauf zu achten, wichtige Naturdenkmäler nicht zu gefährden. Es sei erwünscht, daß bei Pfanzgestaltung nicht ausschließlich nach technischen Rücksichten verfahren und die gerade Linie als allgemein maßgebend betrachtet wird, sondern daß unbeschadet der Erreichung des Hauptzweckes, einer möglichst vollkommenen Plananlage, auch auf die Erhaltung oder Schaffung von Naturschönheiten möglichst Rücksicht genommen werde. Charakteristische Baumgruppen, seltene Pflanzengemeinschaften

und Standorte einzelner Pflanzen von botanischem Interesse, Bergabhänge, Felsen, erratische Blöcke, Bauwerke der Vorzeit usw. werden meist dadurch erhalten werden können, daß sie den Gemeinden usw. überlassen oder den Klänen größerer Besitzher, und zwar in einer Lage ausgesetzt werden, wo sie deren Bewirtschaftung möglichst wenig Hindernisse bereiten. In besonderen Fällen wird zu erwägen sein, ob nicht ein wissenschaftlich ausgewähltes Gelände (zum Beispiel eine kleine charakteristische Moorfläche) von jeder Kultur unberührt bleiben und dem freien Privateigentum entzogen werden kann.

In Wiesbaden fand kürzlich eine Sitzung des Bezirkskomitees Wiesbaden für Denkmalspflege statt, in der in anerkennenswerter und vorbildlicher Weise beschloßen wurde, mit der staatlichen Fortverwaltung und den städtischen Behörden in Verbindung zu treten zwecks Schaffung eines größeren Naturschutzparks. Die Stadt Frankfurt a. M. will einen Teil ihres Waldes zu Naturschutzszwecken hergeben. Bezirke mit solchen Anlagen ist, wenigstens wenn sie in großzügigem Maßstabe angelegt werden, naturgemäß auch ein Schutz der einheimischen Tier- und Vogelwelt. Ebenso anerkennenswert hat die obersächsische Regierung gehandelt. Auf Betreiben der Oldenburgischer Vogelschutzzentrale und der Ortsgruppe Kiel des Deutschen Vereins zum Schutze der Vogelwelt hat sie die Mellum-Insel, ein zwischen der Weser- und der Saabündung in kilometerweiter Entfernung vom Festlande mitten im Wattenmeer emporragendes Vorkland als Vogelschutz-Kolonie erklärt. Die Mellumplatte ist Neuland und mit reicher Küsten- und Wattflora bedeckt, bildet also ein charakteristisches Naturdenkmal.

Der Gebante, einen wirksamen Schutz der Naturdenkmäler im Wege des Gelehes sicherzustellen, ist in der kürzlich stattgehabten Sitzung der Agrarkommission des Abgeordnetenhauses zahlreichen und gewichtigen Bedenten begegnet. Auf diesem Gebiet ist durch Errichtung der staatlichen Stelle für Naturdenkmalspflege, durch Inventarisierung der Naturdenkmäler und andere Maßnahmen bereits in großem Umfange zweckmäßig und erfolgreich gearbeitet. Was die Erfüllung weitergehender Wünsche außerordentlich erschwert, wenn nicht unauflösbar erscheinen läßt, ist die Rücksicht auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse und die Interessenfrage. Die Tätigkeit des Staates bei der Naturdenkmalspflege wird im wesentlichen eine beratende und anregende sein. Davon ausgehend, hat die preußische Finanzverwaltung bei der Errichtung der staatlichen Stelle für Naturdenkmalspflege ihr Interesse durch Bereitstellung der Mittel für die Besoldung des Leiters, für das Bureau, Reisekosten usw. befundet. Die Pflege der Naturdenkmäler unter Umständen hinter wirtschaftlichen Rücksichten bei Futureregulierung, Hochwasserhochbauten und Maßnahmen zur Kultivierung von Oedlandbereichen zurücktreten müssen. Den Gang solcher Entwicklung können schließlich Rücksichten der Naturdenkmalspflege nicht aufhalten, und wenn z. B. eine abgeschlossene ländliche Gegend infolge der Auffindung von Kohlen, Mineralien usw. sich im Laufe der Zeit in einen Industriebezirk umwandelt, so ist es bedauerlich, aber auch unabwendbar, daß dann auch manches Naturdenkmal verschwindet. Die Aufbringung der durch die Pflege und Erhaltung von Naturdenkmälern entstehenden Kosten muß, soweit nicht etwa fiskalisches Eigentum, namentlich Forstbesitz, in Frage kommt, den örtlich Beteiligten überlassen bleiben. Es ist auch eine der Hauptaufgaben der staatlichen Stelle für Naturdenkmalspflege, die örtlich Beteiligten zur Hervabe von Mitteln wölig zu machen. Die Uebernahme der Naturdenkmalspflege auf den Staat ist schon wegen der unabsehbaren finanziellen Folgen unmöglich. Wenn einmal damit angefangen würde, staatliche Mittel für Ankauf von Steinbrüchen, Bergwerken u. dgl. zur Verfügung zu stellen, würden von allen Seiten Anforderungen kommen. Der Staat kann aber nicht dem einen verlangen, was er dem andern zubilligt. Was bisher als Aufgabe des Staates anerkannt ist, die Anregung und Beratung, muß weiter ausgebaut werden; die Erhaltung und Pflege der Naturdenkmäler aber muß den beteiligten Kreisen überlassen bleiben. Dazu kommt, daß die vorhandenen Gelehe, in erster Linie das Wald- und Forstpolizeigesetz, ferner das Vogelschutz- und Verunstaltungsgesetz, Handhaben zum Schutze einzelner Arten von Naturdenkmälern bieten. Es wird zu erwägen sein, ob nicht etwa schon durch zweckmäßige Erweiterung dieser Gelehe ein vermehrter Schutz der Naturdenkmäler zu erreichen ist. Es wird auch möglich sein, die vorhandenen Bestimmungen weiter auszubauen.

Die Agrarkommission hat in Anbetracht der vorstehenden Erwägungen den Antrag auf Einbringung eines Gelehetwurfes abgelehnt. Der Staatsregierung gegenüber hat sie lediglich den Wunsch geäußert, den Naturdenkmälern einen vermehrten Schutz zuteil werden zu lassen. Immerhin wird sich bei der Stellungnahme der preußischen Ministerien auch eine besondere Naturdenkmalsmalgesetze allerlei erreichen lassen. Der Staat verlangt namentlich bei der geringsten baulichen Veränderung eines Gebäudes eine vorherige Anzeige bei der zuständigen Baupolizeibehörde. Dehnt man diese Bestimmung auch auf Bemerkenswerte geschichtliche und Naturdenkmale aus, so würde dadurch manchem unüberlegten Tun vorgebeugt werden.

H. P.

S. u. H. Stuttgart, 15. Juni.

In Anwesenheit des württembergischen Kultusministers v. Feilichauer, sowie zahlreicher anderer Vertreter der

Reichs- und Staatsbehörden trat hier der 2. Internationale Kongreß für Heimatparks in seinen Beratungen zusammen. Es waren außer zahlreichen deutschen Delegierten beinahe sämtliche Kulturländer vertreten. Der erste Internationale Kongreß für Heimatparks hatte bekanntlich 1909 in Paris stattgefunden. Der Vorsitzende Professor Dr. Paul Schuchle, Kaufmann in Burg eröffnete den Kongreß und wies darauf hin, daß der Bund für Heimatparks seit der kurzen Zeit seines Bestehens in allen Schichten der Bevölkerung große Erfolge erzielt habe. Er teilte dann mit, daß der König und die Königin von Württemberg dem Kongreß ihre Sympathien ausgesprochen hätten. Sodann begrüßte Kultusminister v. Feilichauer den Kongreß und betonte die Notwendigkeit eines kräftigen und zielbewußten Vorgehens zum Schutze der Heimat. Geheimrat Oberregierungsrat Dr. Mühlhagen (Berlin) übertrug die Grüße der deutschen Bundesregierungen, die den Heimatparks höchsten als ein wichtiges Bindemittel zum Stamm zu Stamm, von Volk zu Volk und als einen Faktor internationalen Sidertreibens. Sodann begrüßten Vertreter der belgischen, französischen, österreichischen und der schweizerischen Regierung den Kongreß, sowie die norwegische, japanische und niederländische Regierung. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. In erster Stelle stand ein Vortrag von Aljefer Frisk, der dem Geschäftsführer des Bundes für Heimatparks und dem Vorstand der Stiftung für Heimatparks, über Heimatparksbewegung in den verschiedenen Ländern. Er betonte insbesondere den Wert näherer internationaler Fühlnahme auf dem Gebiete des Heimatparks, die bisher fehlte. Sodann hob er hervor, daß die Zahl guter Architekten in starkem Maße begriffen sei, er bedauerte aber, daß manche Kreise der Privatarchitekten einen absolut nicht vorhandenen Gegenstand zwischen fortgeschrittener Baukunst und Heimatparks konstruieren wollen. Die Bauordnungen müßten im Sinne des Heimatparks umgestaltet werden.

Vorsitzend Dr. Boerlin (Paris) referierte über den Stand der Heimatparksbewegung in Frankreich und in der Schweiz; in diesem Lande habe der Staat um die Erhaltung eines erratischen Waldes im Canton Valais und einer Schanze der alten Befestigung Solothurn den Verein für Heimatparks ins Leben gerufen. Die schweizerische Regierung unterstützte dessen Bestrebungen weitgehend.

Utschweizer Huber (Stuttgart) sprach sodann über die Bestrebungen des Vereins „Naturparksparke“. Da gerade das gepriesene Zeitalter der Naturwissenschaften die Natur vernünftigt, so erwache daraus die heilige Pflicht, das harmonische Ganze in der Natur zu bewahren, soweit es nur möglich ist. Sollte die Naturparksbewegung nachhaltige Erfolge zeitigen, so muß sie vor allem eine volkstümliche Bewegung werden. Es seien von vornherein drei große Naturparks anzustreben, ein Hochgebirgspark in den Alpen, ein Mittelgebirgspark in Südbaden und Mitteldeutschland und ein Park für die Tiefebene in Norddeutschland. Der Verein zählt zurzeit über 10000 Mitglieder, darunter 441 Vereine mit 400000 Mitgliedern. Der Naturparksparke in der Bünneburger Heide darf als geföhrt angesehen werden.

Deutsches Reich.

Zur Organisation der Sozialdemokratie.

Wie wir schon vor einigen Tagen kurz berichtet haben, wird dem nächsten Parteitag der Sozialdemokratie eine Vorlage, betreffend die Aenderung des Organisationsstatuts zugehen.

Die wesentliche Neuerung, die von der Kommission vorgeschlagen wird, ist die Einführung einer weiteren Instanz, des sogenannten Parteiausschusses. Bisher behält die Sozialdemokratie zur Leitung der Geschäfte einen Parteivorstand und daneben eine Kontrollkommission, die, wie schon der Name sagt, den Parteivorstand zu kontrollieren hatte. Beide Körperlichkeiten wurden von der obersten Vertretung der Partei, dem Parteitag, gewählt. Jetzt soll noch eine dritte geschäftsführende Korporation eingeschoben werden, der bereits erwähnte Parteiausschuß. Er soll aus 32 Mitgliedern bestehen.

Zur Begründung der Neuerung beruft sich die Kommission darauf, daß die großen bürgerlichen Parteien seit langem unter verschiedenen Namen ähnliche Ausschüsse haben. In der Tat werden unsere Freunde dabei sofort an den Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei denken. Doch ergeben sich bei einem Vergleich dieser beiden Institutionen auch wesentliche Unterschiede. Vor allem sind abgesehen davon, daß bei der Fortschrittlichen Volkspartei die Zahl der Delegierten aus dem Lande doppelt so groß ist wie bei der Sozialdemokratie — bei den gemeinsamen Vereinen des sozialdemokratischen Parteivorstandes und Parteiausschusses die Reichstagsabgeordneten als solche ausgeschlossen, während der fortgeschrittene Zentralausschuß neben den Mitgliedern des geschäftsführenden Ausschusses und den Delegierten aus dem Lande auch noch die Reichstagsabgeordneten umfaßt. Augenblicklich ist die entgegengelegte Bestimmung des projektierten sozialdemokratischen Statuts von dem Beiräte distinkt gewesen, der Reichstagsfraktion nach Möglichkeit den Einfluß auf die Führung der Geschäfte und die Weiterentwicklung der Partei zu nehmen. Auch in dieser Hinsicht tritt diese Bestrebungen zutage. Während bisher alle Reichstagsabgeordneten an und für sich schon Mitglieder des Parteitages sind,

solllorlan die Reichstagsfraktion nur bis zu einem Drittel ihrer Mitglieder auf dem Parterre besonders vertreten sein. Es ist ja richtig, daß die jetzt erzielte Zahl von 110 Reichstagsabgeordneten auf die Zusammenlegung und damit auch auf die Beschlässe der Reichstagskammer einen recht erheblichen Einfluß ausüben würde, den man aus Prinzip nicht dulden will. Vielfach wird aber auch ein anderes Motiv als maßgebend angesehen. Aus der Haltung der Fraktion im neuen Reichstag sowie aus gelegentlichen Bemerkungen in Versammlungen und in der Presse darf man schließen, daß in der Fraktion die sogenannten Reklamationen und Kabinale einander ungefähr die Wage halten und daß die Majorität zugunsten der Reklamationen steht, wenn die mehr indifferenten Fraktionsmitglieder auf ihre Seite schlagen, wie das ja schon öfter vorgekommen ist. Um nun der Gefahr vorzubeugen, daß auch auf dem Reichstag unter Umständen der Reklamation die Mehrheit erhält, soll von vornherein die „juipette“ Reichstagsfraktion nur mit höchstens einem Drittel vertreten sein.

Kleine vermischte Nachrichten.

Der Lippische Landtag nahm die Domänenverträge, nachdem die Regierungsvorlage im Finanzausschuß jahrelang verhandelt und wesentlich umgearbeitet worden war, in letzter Lesung an. Danach bekommt das Land aus dem fisischen Domänium eine feste Rente in Höhe von 140 000 Mark, der Fiskus eine solche von 500 000 Mark. Die Mehrerträge gehen zu gleichen Teilen an den Fiskus und an das Land. Gleichzeitig ist dem Lande ein Einfluß auf die Verwaltung des Domäniums gegeben. — Das Reichsgericht hat den der Spanago angeklagten Buchhalter Berber freigesprochen. Berber, der im Juni vorigen Jahres durch den sibirischen Teil Sibiriens eine ausgedehnte Reise unternommen hatte, war, wie gemeldet, dabei in Verdacht geraten, für eine fremde Macht Spionage zu treiben. Es konnte ihm aber kein in der Angelegenheit enthaltener Punkt bewiesen werden, weshalb das Gericht zu einem Freispruch gelangte und den Angeklagten sofort aus der Haft entließ. Der Rechtsanwalt hatte zwei Jahre Zuchthaus beantragt.

Just- und Personalnachrichten.

Des Kaisers Dank.

Der deutsche Botschafter Graf Bernstorff hat dem Empfangsamt, das zur Begrüßung des deutschen Gesandten in Kiew am 1. September zusammengetreten war, folgende Nachricht übermittleit:

„Ich bin von Seiner Majestät beauftragt, den deutschen Vereinen den Dank Ihrer Majestät für die am Mittwochabend übermittelten Grüße auszusprechen. Dieses Jeldes lokaler Bewöhung hat Seine Majestät sehr angenehm berührt.“

Der Botschafter Freiherr Marschall v. Bieberstein, der vor einigen Tagen von seinem Gut Neuhaus bei Freiburg mit seiner Familie in Berlin eingetroffen war, hat Berlin mit dem Wifinger Schnelzuge verlassen, um seinen neuen Posten in London anzutreten.

Ausland.

Ein Komplott der portugiesischen Royalisten?

Der Selbstmord des Ehepaares Parents.

Vor einigen Tagen wurde aus Brügge gemeldet, daß in einem dortigen Hotel ein elegant gekleidetes Paar, die junge Dame mit lockbaren Zuehlen geschmückt, das von Paris gekommen war, in dem Speisezimmer tot aufgefunden wurde. Der Mann hatte offenbar seine Begleiterin mit einem Handtuch erdrosselt und sich selber dann mit einer Strgymol-Einpirzung getötet. Identitätspapiere fand man nicht bei dem Herr und Frau Parents ins Fremdenbuch eingetragen. Man legte diesem fast alltäglichen Vorkommen keine Bedeutung bei.

In der Pariser portugiesischen Kolonie wird in diesen Tagen der Selbstmord in Verbindung gebracht mit den royalistischen Unruhen in Portugal. Der sogenannte Monarch Parents sei ein bedeutender royalistischer Parteiführer gewesen. In verschiedenen belgischen Seestädten hielten sich gegenwärtig etwa 250 portugiesische Royalisten auf, die mit den Führern der Bewegung in Paris und London in reger Verbindung seien. Wie weiter aus Brüssel gemeldet wird, steht der Selbstmord Parents aller Wahrscheinlichkeit nach in Verbindung mit dem am Freitag in Brügge eröffneten Untersuchung über ein im Hafen von Seebriège liegendes verdächtigtes Dampfschiff, das einem portugiesischen Komplot dienen sollte. Die portugiesische republikanische Regierung, die von ihren zahlreichen Kandidaten in Belgien darüber informiert war, daß die zu Antwerpen, Brügge, Blankenberge und Ostende sich zu hunderten aufhaltenden portugiesischen Verdächtigen einen Streich planten und in Brügge einen Dampfer mit Waffen zur Landung in einen spanischen Hafen für Portugal auszurüsten beabsichtigten, hat daraufhin nach Brüssel das Erfuchen gerichtet, gegen diese Unruhen und den Waffenbesitz Maßnahmen zu ergreifen. Gleichzeitig hatte der Konsul einer ibamerikanischen Republik in Genf der belgischen Regierung mitgeteilt, daß der in Brügge aus Glasgow eingetroffene Dampfer bestimmt sei, drei aus Holland in Seebriège abgeladene Eisenkanonenserie von Gewehren und Patronen, mit 300 portugiesischen Royalisten an Bord zu nehmen. Unter dem Vorwand sanitärer Konvention wurde der Dampfer beslaggenommen und festgehalten, daß der Dampfer, welcher in England für 300 000 Franks gekauft worden war, in der Tat dem angegebenen royalistischen Zweck dienen sollte. Parents soll der Leiter der Expedition gewesen sein.

Rußland und die Türkei.

Die „Allnliche Zeitung“ meldet aus Petersburg: Ein früherer russischer Diplomat am Berliner Hofe äußert sich gegenüber den immer wiederkehrenden Gerüchten von einem bevorstehenden russisch-türkischen Kriege: Obwohl das russische Volk über alle Mähen friedsliebend lebe, bestche in sehr einflussreichen Kreisen das Bestreben, die Scharte des japanischen Krieges durch einen gelegentlichen billigen Sieg auszumachen. Die russische Diplomatie treibe ein gefährliches Spiel, da sie sich bei aller Friedensliebe noch nicht von der Idee loswurzelt, der Erröpfung der Dardanellen, freigemacht habe. Zur energetischen Vertretung seiner Forderungen sei Rußland jedoch absolut unvorberetet. Bei der

Teilung der Türkei würde Rußland die ganze Mischgruppe, auf die Mittelmeer Salomon in seiner jüngsten Plattenkarte hinweist, gegen sich haben. Deutschland, Österreich, England und Frankreich, Rußlands Fuhgabe sei daher die unbedingte Erhaltung des Status quo auf dem Balkan.

London, 17. Juni. Wie aus verlässlicher Quelle mitgeteilt wird, ist eine englisch-türkische Vereinbarung über die Kometfrage am Berliner Hof zustande gekommen. Die Zeitung „Adam“ teilt dazu ergänzend mit, daß die Türkei auf die Fortsetzung der Bagdadbahn bis zum Persischen Golf selbst, also zum offenen Meere, endgültig verzichtet habe. Die Bagdadbahn werde demnach bereits in Bagdad enden, also noch im Bereich des Veltagebietes des Cypriat und Tigris.

Türkischer Botschaftswechsel in Berlin.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Konstantinopel gemeldet, daß im Schöße des türkischen Kabinetts sich wichtige Veränderungen nach in diesem Monat vorziehen dürften. Der frühere Großwesir Hattı Paşa, dessen vom vorigen Parliamente beschlossene Antlage die jetzige Kammer aller Voraussicht nach annullieren wird, ist ausseracht, das Verste des jetzigen Ministers des Aussen W. M. M. bei mit dem Großwesir Said Paşa erhebt sich sehr erzwert. W. M. M. bei hat aber als Botschafter nach Berlin entandt werden, während der jetzige Berliner Botschafter, General Osman Nisami Paşa in den Kriegsrat berufen werden soll. Die Veränderungen sind noch nicht definitiv beschlosssen, sie hängen von dem Kammervotum über die Antlage gegen Hattı Paşa ab.

Kasse und Umgebung.

Halle a. S., 18. Juni

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle a. S., 17. Juni.

Am Vorstandstisch die Herren Geheimrat Prof. Dr. Schmidt-Rimpler, Justizrat Höpzing und Kaufmann Probst.

Eingegangen ist eine Einladung vom 50jährigen Stiftungsfeste des katholischen Schachklubs, ferner eine Einladung zur Jahresversammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege in Breslau. Der Magistrat entsendet dazu die Herren Stadtbaurat Lammer und Stadtarzt Prof. Dr. v. Driegen, die Stadtverordnetenversammlung wählt als ihre Vertreter die Herren Dr. Herzau und Dr. Kammer. Eine Petition des 1. kommunalen Vereins um Verbreiterung der Zapfenstraße und Schaffung von Zugangstraßen vom Markt nach dem Trödelviertel wird dem Bauauschuß überwieen; das gleiche geschieht mit einer Eingabe deselben Vereins; die Rattenplage in der Großen Klausstraße, wo alte Kanäle dem Ungeziefer Unterschlupf bieten, zu beseitigen.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

Punkt 1 betrifft die

Wahl eines besoldeten Stadtrats

als Nachfolger für Herrn Stadtrat Dr. Pusch. Der Herr Vorsteher referiert darüber. Beim ersten Wahlgange erhalten Magistratsassessor Wurm-Halle 20 Stimmen, 2 Bürgermeister Hauswadt 17, Magistratsassessor Kastan-Ebbing 14, Magistratsassessor Spaeth-Wilmersdorf 1 Stimme. Da niemand die absolute Majorität erhalten hat, muß ein zweiter Wahlgang stattfinden. Es erhalten Magistratsassessor Wurm 20, 2 Bürgermeister Hauswadt 24, Magistratsassessor Kastan 9, Magistratsassessor Spaeth 0 Stimmen. Es muß also ein dritter Wahlgang vorgenommen werden. Dabei fallen auf 2. Bürgermeister Hauswadt 27 Stimmen, auf Magistratsassessor Wurm-Halle 26 Stimmen. Gewählt ist also

2. Bürgermeister Hauswadt.

Der 2. Punkt betrifft den

Umbau unserer Strassenbahn.

Herr Stv. Höpfele referiert über folgende Magistratsvorlage: Im Interesse einer rascheren und besseren Abwicklung des Bahnverkehrs ist ein Aus- und Umbau der vorhandenen beiden Strassenbahnlinien notwendig; zunächst empfiehlt es sich, die Linie B (Bahnhof-Post-Friedrichstraße-Eröllwih) vom Friedriehsplatz ab nicht mehr über Friedrichstraße und Wiflichen Mühlweg, sondern durch die Albrechtstraße nach der Bernburgerstraße und von da durch den westlichen Mühlweg und die Burgstraße zu führen, dagegen die Linie A (Bahnhof-Marktplatz Zoologischer Garten) vom Mühlweg ab durch die Bernburger- und Richard Wagnerstraße und von dort durch die Richard Wagnerstraße, sondern zunächst weiter durch die Richard Wagnerstraße und dann durch die Gr. Brunnenstraße zu leiten. Ferner ist unbedingt notwendig, den eingeleiteten Betrieb in dem zwischen Gr. Brunnen- und Fährstraße liegenden Teil der Burgstraße durch einen zweigleisigen zu ersetzen, einen solchen auch in der Seebenerstraße zwischen Wiflichenstraße und Angerweg herzustellen und außerdem noch vor der Anschloßbrücke und dem Zoologischen Garten ein drittes Gleis zur Aufstellung von Sonderwagen einzubauen. Durch die neue Linienführung werden erfordert für die Linie

- A. Friedrichstraße, Albrecht- und Bernburgerstraße bis Richard Wagnerstraße 81 000 M.
- B. Richard Wagner- und Gr. Brunnenstraße 64 500 „
- C. Burg- und Fährstraße 36 000 „
- D. Seebenerstraße bis Angerweg 41 000 „

oder zusammen 222 500 M.

Zur Aufbringung dieser Kosten erscheint es sachgemäß, nach dem bereits früher geübten Grundsatze zu verfahren, daß die durch den Umbau herbeizuführenden Substanzvermehrungen bezw. Neuwerte aus der Anleihe, dagegen die Kosten für Reparatur und Ersatz vorhandener Vermögenswerte aus Mitteln des laufenden Etats gedeckt werden. Bei Anwendung dieses Grundsatzes entfallen von den Kosten zu A auf die Anleihe 40 500 M., auf den Etat 40 500 M., zu B auf die Anleihe 23 255 M., auf den Etat 41 245 M., zu C auf die Anleihe 15 063 M., auf den Etat 20 937 M., zu D auf die Anleihe 41 000 M., zusammen auf die Anleihe 119 848 M., auf den Etat 102 652 M. Hierbei erwächst

begüglich der Deckung des Etatsbeitrags insofern eine Schwierigkeit, als der diesjährige Etat der Strassenbahnverwaltung in Kap. II 4 für solche Zwecke nur 54 500 M. nachweist und daher ein Fehlbetrag von ca. 48 000 M. verbleiben wird. Es dürfte jedoch unbedenklich sein, ihn, wenn es noch in diesem Jahre beanprucht werden sollte, zunächst nachungsweise zu zahlen, für seine endgültige Verrechnung aber den nächstjährigen Etat in Anspruch zu nehmen, da dieser nach den umfassenden Verbesserungen und Erneuerungen, welche die Betriebsmittel im vergangenen und laufenden Jahre erfahren haben und werden, kaum zu neuen kostspieligen Aufgaben der gedachten Art herangezogen werden wird. Ebenio ist betreffs der der Anleihe zur Last fallenden Mittel zu bemerken, daß bei ihrer Gewährung die Bewilligung in Wegfall kommt, welche durch Gemeindebeschlusse vom 1./21. April 1911 in Höhe von 10 100 M. zu der durch das neue Projekt überholten Fortsetzung eines zweiten Gleises vor dem Zoologischen Garten erfolgt ist.

Der Referent des Bauauschusses Herr Stv. Höpfele empfiehlt Annahme der Magistratsvorlage, nur die Linienführung durch die Albrechtstraße möge gestrichen werden. Herr Stv. Pusch beantragt namens des Finanzausschusses, den Beschlüssen des Bauauschusses zuzustimmen, jedoch hinsichtlich der Linienführung Albrechtstraße stellt sich der Finanzausschuß auf den Standpunkt der Magistratsvorlage, die eine Verbesserung bedeute. Die Passagiere steigen nicht in der nördlichen Friedrichstraße ein, sondern am Friedrichsplatz. Der nördliche Friedrichsplatz verliert also nichts. Daß die Bahn über den Friedrichsplatz gehe, sei ein großer Mifstand; durch die Linienführung Albrechtstraße werde der Mangel beseitigt. Wenn die Linienführung Albrechtstraße angelehnt werde, stelle der Finanzausschuß den Eventualantrag, die Bahn um den Friedrichsplatz herumzuführen.

Herr Stv. Probst spricht für die Magistratsvorlage. Der Bauauschuß sei im Irrtum gewesen, als er geglaubt habe, es werde große Ersparnis gemacht, wenn man die Linie Wiflichenstraße fallen lasse. Die Schienen in der nördlichen Friedrichstraße müßten ja doch umgelegt werden. Zudem kostete man durch die Linienführung Albrechtstraße einen Wagen mit zwei Mann Personal.

Herr Stv. Emmert meint, wenn man die Linie nördliche Friedrichstraße aufhebe, dann treibe man die Fahrgäste in jener Gegend von der Roten auf die Stadthahn und schädige die Stadt in ihren Einnahmen. Nebner fragt, ob es nicht angebracht wäre, das Schienenmaterial, das ausgunsten eines härteren Profils ausgewechselt wird, soweit die Schienen noch gut sind, dazu zu verwenden, um die Strassenbahn durch Eröllwih zur Heide zu verlängern. Bei der Linienführung durch die Gr. Brunnenstraße sei eine Neupflasterung nötig; es sei beabsichtigt, die Annovner zu den Strassenausbaukosten heranzuziehen. Das erheine jedoch unbillig. Man solle lieber die Gr. Brunnenstraße für eine historische Straße erklären.

Herr Stv. Giese spricht im Sinne des Herrn Emmert und polemisiert gegen Herrn Stv. Pusch. Es sei keineswegs zu empfehlen, die Bahn für die nördliche Friedrichstraße aufzugeben. Schon in Rücksicht auf das am neuen Friedhof an der Poststraße einmal eine Strassenbahn durch die Goethestraße und Karlsruherstraße zu bauen, dürfte das nicht geschehen; erst müsse man über dieses neue Projekt klar werden können.

Herr Stv. Höpfele plädiert nochmals für die Anträge des Bauauschusses. Die Schienen in der nördlichen Friedrichstraße könne man sehr wohl noch gebrauchen; sie seien genau noch so brauchbar wie die in der Poststraße. In der Albrechtstraße werde man keinen neuen Passagier gewinnen. Man solle sparsam sein; die Strassenbahn werde noch viel Geld verlangen, had werde sie vielleicht Mittel für neue Wagen fordern.

Herr Stv. Borjes spricht im Sinne des Herrn Pusch. Es sei auch nicht zu bezagen, daß der Stadtbahn-Verein gewinnt, wenn man die Linie Albrechtstraße wähle und die Linie nördliche Friedrichstraße aufhebe.

Herr Stv. Probst betont, daß man 6 Minuten schneller fährt, wenn die Linie Albrechtstraße gewählt wird.

Das neue Bahnpflicht betreffend den Nordfriedhof stehe vor seinem Abschluß und werde schon in nächster Zeit das Kollegium beschäftigen.

Herr Stv. Kastan bemerkt, daß er in dem Bauauschuß für die Magistratsvorlage gekimmert habe. Er stellt den Antrag, die Entscheidung über die Albrechtstraße und Herrn Direktor Jung zu der nächsten Sitzung zu verschieben und Herrn Direktor Jung zu der nächsten Sitzung zu verschieben und Herrn Direktor Jung zu der nächsten Sitzung zu verschieben.

Herr Kommissionsrat Kammerer spricht aus, daß die 3. eingeleitete Straße erklärt hat. Für die Neupflasterung — nördlich nicht für die bei der Strassenbahn — müssen also die Anlieger einstehen. Der Magistrat hat bereits das Strassenbahnprojekt Karlsruherstraße genehmigt.

Die Verhandlung und Beschlußfassung wird durch Annahme des Antrages Kammerer auf nächsten Montag vertagt. 3. Die Halleische Robengelände W. Bernide hat den Ausbau der auf ihrem Gelände nördlich neben dem Krankenhaus „Bergmannstrolch“ projektierten Strassen beantragt. Aus diesem Anlaß werden aus läubebaulichen Gründen nachstehende Veränderungen des für die dortige Gegend beschlossenen Bebauungsplanes vorgeschlagen: 1. In der Einmündung der Straße F in die Straße A eine platzartige Verbreiterung, 2. an der südlichen Ecke der Straße F an ihrer Ausmündung in die Wiflichenstraße eine verstärkte Zuriickdrücken der Baufluchtlinie, 3. der Anlage einer Querstraße zwischen der Straße F und der Straße 4, weil der Block sonst gar zu lang ist; auch die Französischen Stiftungen haben sich mit dieser Straße einverstanden erklärt.

Die Vorlage ist vom Bauauschuß angenommen. Die Veranlagung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. Giese.)

4. Die Stadtverordnetenversammlung erklärt sich damit einverstanden, daß in Gemäßheit des Beschlusses der Veranlagung vom 24. Oktober 1904 regelmäßig in den Stadtbauhaushaltplan als Beitrag zu den Kosten der Sandmehrskammer eine Summe von 250 M. eine solche von 400 M. eingestellt wird. Durch Verordnung des königlichen Regierungspräsidenten zu Merseburg vom 5. August 1911 ist bestimmt worden, daß zu dem Aufbringen der Sandmehrskammerkosten von den zur staatlichen Gewerbesteuer nicht veranlagten selbständigen Handwerker nicht nur wie bisher solche mit einem gewerzlichen Einkommen von mehr als 900 Mark heranzuziehen sind, sondern auch diejenigen mit einem Einkommen von mehr als 600 Mark und zwar unter Zugrundelegung eines fingierten Steuerjahres von 4 M. — statt wie bisher 2 M. — bei einem Ertrage von 900—1500 M. und von 3 M. bei

einem Ertrage von 600-900 Mk. Durch die härtere Herangehung der gewerbetreibenden Betriebe wird bei Nicht-entwässerung des Kammerbetriebs für das laufende Rechnungsjahr ein beträchtlicher Aufschlag in Höhe von 345,00 Mk., also ein Mehr von 95,60 Mk. erforderlich. Für die folgenden Jahre ist gleichfalls ein entsprechend höherer Betrag in den Haushaltsplan einzuflechten und zwar empfiehlt sich eine Erhöhung des Kofens auf 400 Mk. da mit einer stetigen Zunahme der gewerbetreibenden Betriebe zu rechnen ist und sich somit eine allmähliche Wiederholung des Antrages erübrigen würde. Für die grundsätzliche Bewilligung des Handwerkskammerbeitrages liegen z. B. und künftighin noch die gleichen Voraussetzungen wie im Jahre 1904 vor, umso mehr als bei den Betrieben mit einem Ertrage von nur 600-900 Mk. den Handwerkskammerbeiträge der Kammerbeiträge noch schwerer fällt und die Mehrarbeiten der Veranlagungsgegenstände in keinem Verhältnis zu den eintommenden Beträgen stehen würden. (Ref. Herr Stv. Pfauff.)

5. Der durch die Maßnahmen der Teuerungsbewertung entstandene Kofenaufwand in Höhe von 1961,02 Mk. wird aus Kapitel XX 11 des diesjährigen Etats bewilligt. (Ref. Herr Stv. Döhler.)

6. Die Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Gaswerke Aktiengesellschaft in Köln a. Rh. ist im Jahre 1904 gegründet, um durch einen festen Zusammenschluß der Gaswerks erzeugenden Werke

die gegenseitige Konkurrenz so weit als möglich auszugleichen und durch den Verkauf von einer zentralen Stelle aus den erzeugenden Werken sowie den Koksabnehmern unnötige Frachtkosten zu ersparen. Die erste Aufgabe der Vereinigung ist daher der Betrieb des für Lieferung nach auswärts verfügbaren Gases ihrer Mitgliedschaft. Sie ist zur Abnahme und zum Verkauf dieser Mengen durch das Statut verpflichtet und hat jedem Werk einen bestimmten, durch den Beirat alljährlich festzusetzenden Grundpreis zu bezahlen, wobei etwaige Mehrpreise über diesen Grundpreis, den sie bei ihren Verkäufen erzielt, voll den Werken zufallen, während Mindererlöse von der Vereinigung getragen werden. Dieser gemeinschaftliche Betrieb des Kofs von einer Stelle aus, die großen der Vereinigung zur Verfügung stehenden Mengen, die Verbindungen mit allen Großhändlern und Verbrauchern, endlich der ausgeschaltete Wettbewerb der einzelnen Werke gegeneinander wirken günstig auf die Preisstellung und sichern einen regelmäßigen Absatz.

Daneben übernimmt die Vereinigung auf Wunsch auch den Verkauf der übrigen Nebenprodukte wie Ammoniak, Leer, Graphit, Reingasmasse, sowie den Einkauf von Betriebs- und Installationsmaterial.

Die Mitgliedschaft ist mit 14-jährlicher Kündigungsfrist, frühestens am 1. April 1914 kündbar. Der Beitritt zur Wirtschaftlichen Vereinigung erfolgt durch Übernahme von drei Aktien im Nennwerte von je 200 Mk., worauf jedoch nur 25 Prozent gleich 50 Mk., insgesamt also 150 Mk., eingezahlt werden, welche ungeschmälert bleiben und bei etwaiger Auflösung der Gesellschaft voll zurückgezahlt werden.

Die Deckung der Geschäftskosten der Vereinigung erfolgt durch die alljährlich durch den Beirat festzusetzende Abgabe nach Maßgabe der Gaserzeugung und die Umlage für die durch die Vereinigung abgeleiteten Nebenzeugnisse. Ertere beträgt z. B. 0,10 Mk. für 1000 Kubimeter erzeugtes Gas. Für 1912/13 gleich rund 1100 Mk., letztere 0,05 Mk. pro Tonne Leer, Ammoniak, Reingasmasse und Graphit, und 0,25 Mk. pro Tonne Kofs. Mit dem Beitritt zur Wirtschaftlichen Vereinigung erhält die Stadt Halle Sitz und Stimme im Beirat und gewinnt damit Einfluß auf die Festsetzung der sogenannten Richtpreise, d. h. derjenigen Preise, welche seitens der Vereinigung mindestens für den nach auswärts abgeleiteten Kofs vergütet werden müssen.

Das Kuratorium hat den Beitritt zu der Vereinigung für notwendig und hat beschlossen, vorbestimmte der Zustimmung der hiesigen Räte, den Beitritt so gleich anzunehmen. Der Magistrat ist diesem Beschlusse beigetreten und erludt die Stadtverordnetenversammlung zur Zustimmung. Die durch den Beitritt entstehenden Kosten von etwa 1100 Mark, welche alljährlich im Umlageverfahren festgesetzt werden, würden mit Rücksicht darauf, daß es sich hierbei hauptsächlich um Kofsverkauf handelt, auf Kap. IV 2 des Gaswerks-Etats übernommen werden können.

Die Vorlage ist vom Finanzausschuß angenommen. Der Referent Herr Stv. Borge empfiehlt Annahme des Antrages.

Herr Stv. Kesse spricht dagegen. Solche Teufelbildung solle die Stadt Halle nicht mitmachen. Da können ja die Städte Preise diktieren wie sie wollen.

Herr Stv. Döhler macht darauf aufmerksam, daß wir besseren Kofs haben als andere Städte, z. B. Leipzig, aber es sei ihm gesagt, daß nur 5000 Tonnen nach auswärts gehen.

Herr Stv. Michel spricht im Sinne des Herrn Kesse. Durch die Teufelbildung leide auch der kleine Mann. Wenn das Hallische Gaswerk Rot hätte, seinen Kofs loszuwerden, dann wäre der Antrag zu verstehen. So aber nicht. Warum sollen wir da Aufwendungen machen.

Herr Stadtrat Greiner betont, daß es sich gar nicht um den Kofs handle, den wir in Halle abgeben. Ueber 15.000 Tonnen bleiben in Halle. Nur ca. 5000 Tonnen gehen nach auswärts.

Herr Stv. Knahe führt aus, es handle sich nicht um Unterfertigung der Teufelbildung, sondern wir wollen uns, indem wir der Vereinigung beitreten, vor unterbietender Konkurrenz schützen, im Interesse der Stadt.

Herr Stv. Günter meint, es sei ein Akt gewissermaßen der Selbsthaltung, daß unser Gaswerk beitrete.

Herr Stv. Zell spricht für den Beitritt, nur müsse sich Halle für sein eigenes Gebiet die Preisbestimmung vorbehalten.

Herr Stv. Kesse erklärt sich mit dem Antrag einverstanden.

Herr Stv. Knahe entgegnet, die Gasanstalt habe durchaus freie Hand für ihr Absatzgebiet, d. h. die Stadt selbst und solche Orte, die schon immer regelmäßig Abnehmer sind. Der Beitritt wird mit 28 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

7. Die Stadtverordnetenversammlung erklärt sich mit der Beteiligung der Friedhofsausschaltung an der Großen Gartenbau-Ausstellung

einverstanden und bewilligt die erforderlichen Mittel in

Höhe von 2000 Mark aus dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds. (Ref. Herr Stv. Döhler.)

8. Die Verammlung erklärt sich unter Ausänderung des Beschlusses vom 4. Dezember 1911 mit der Ausdehnung der Pflicht zur Unterhaltung des Grabhöfens Nr. 46 auf solange, als die Grabhöfe als solche bestehen bzw. als Eigentümlichkeit der Stadt Halle a. S. erhalten bleiben, einverstanden.

9. In Uebereinstimmung mit dem Kuratorium der Gas- und Wasserwerke hat der Magistrat beschlossen, dem § 15 der Gasabgabebestimmungen folgenden Nachsatz zu geben: „Den Gasabnehmern ist es gestattet, an die Gasgasleitung in der Küche und im Badezimmer je eine Leuchtgaslampe anzuschließen, so lange dieselbe ein Gasofen bzw. ein Gasbadofen im Gebrauch ist. Für das durch diese Leuchtgaslampe verbrauchte Gas kommt der Heizgaspreis in Berechnung.“

Wie der Referent Herr Stv. Borge darlegt, will man damit dem Gas gerade in weniger bemittelten Familien mehr Eingang schaffen als bisher. Die Verammlung genehmigt die Änderung.

10. Die Annahme eines Kapitals von 600 Mark gegen Uebernahme der Verpflichtung, die auf dem Stadtgottesacker befindlichen zwei Grabstättenstellen Nr. 1741/42 bis zum Jahre 1976 einfach gärtnerisch zu pflegen und zu unterhalten, wird genehmigt. (Ref. Herr Stv. Döhler.)

Punkt 11 betrifft die Änderung der Lustbarkeitssteuerordnung.

Herr Stv. Borge berichtet darüber. Er beantragt zu genehmigen, das für Moratoriums bis 15. September künftig statt 20 Mk. nur 10 Mk. Steuer erhoben werden, und daß für öffentliche Vereinsveranstaltungen feste Steuerföhe eingeführt werden. Ueber die Besteuerung der Rines soll erst nach der Finanzausschuß beraten. Die Verammlung beschließt so.

12. Der Zimmermeister Goppert beabsichtigt, sein Werkstattgebäude an der Seebenerstraße durch einen Anbau zu vergrößern und in dem Gebäude eine Wohnung einzurichten. Die Straße befindet sich noch keineswegs in einem anbaufähigen Zustand, sie ist nur provisorisch mit einem Pfasterstreifen versehen. Da es sich jedoch um die Schaffung einer Wohnung handelt, erscheint es unbedenklich, die Genehmigung hierzu zu erteilen, zumal die Einrichtung der Wohnung im Interesse der Gemeinlichkeit erfolgt. Im übrigen liegt das Gebäude ca. 72 Meter von der Straße entfernt, es kann sich also z. B. nicht um die einbürgliche Bebauung an der Straße handeln. Die Verammlung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. Emmer.)

13. Die Anwohner der Seebenerstraße bitten, eine etwaige Verengerung der

Seebenerstraße vom Steinweg durch die Seebenerstraße zu leiten. Herr Stv. Döhler referiert darüber. Die Petition wird dem Magistrat als Material überlesen.

14. Der Zimmermeister Goppert beantragt, für den Seebener Weg zwischen Wöhlitz- und Trothaerstraße Wasserleitung zu legen. Die Petition wird dem Bauausschuß überlesen. (Ref. Herr Stv. Fischer.)

15. Der Kaufmann Reinkenbender bittet um Genehmigung zur Errichtung einer Müllverkaufsstelle auf der „Reinen Wiese“. Man beschließt Uebergang zur Tagesordnung. (Ref. Herr Stv. Fischer.)

Außerhalb der Tagesordnung wird eine Petition betreffend Benennung von Tarmetern bei kühnlichen Aufzähren für erledigt erklärt.

Ausperrung in der Metallindustrie?

Der hiesige Verband der Metallindustriellen hat sich erneut mit dem Streit in der Metallindustrie in Hannover beschäftigt. Wie verlautet, soll nunnmehr von diesem Sonnabend an im Fallischen und im Magdeburger Bezirk die angebliche Ausperrung durchgeführt werden, falls bis dahin der Kampf in Hannover nicht beendet ist. Die Ausperrung soll sich betanntlich auf 60 Prozent der Metallarbeiter erstrecken.

Verein der Saalbesitzer von Halle und Umgegend.

Die jüngst in Possendorf bei Herrn Krüger abgehaltene Verammlung beschloß die zunächst probeweise Einführung der Wirtezeitung zu Magdeburg vom 1. Juli auf ein halbes Jahr für sämtliche Mitglieder. Der Beguspreis von 50 Pf. das Vierteljahr wird mit den Beiträgen der Mitglieder eingezogen werden. Zur Aufnahme gelangen 6 Saalbesitzer, wodurch der Verein auf 125 Mitglieder angewachsen ist. Nach wie vor soll streng daran festgehalten werden, keine Restauranten, sondern lediglich nur konzernierte Wirte aufzunehmen.

Der Minister für Handel und Gewerbe hat auf eine Anfrage des Vereins mitgeteilt, daß er, ohne dem Richter vorzugreifen zu wollen, die Bezeichnung des Raumgehalts der Schankgeföhe vom halben Liter abwärts mit $\frac{1}{2}$ Liter, 0,55 Liter, $\frac{1}{10}$ Liter, $\frac{1}{4}$ Liter, $\frac{1}{10}$ Liter und $\frac{1}{10}$ Liter auch nach dem neuen Gesetz für zulässig erachte. Damit wird die gegenseitige Ansicht einiger Polizeibehörden aufgehoben.

Die Königliche Eichungsinspektion hat dem Vereine auf Anfrage eröffnet, daß eine genaue Nachprüfung der richtigen Füllung der Bierfößer nur durch Auslieferung des Inhaltes möglich sei. Eine Vorkontrolle sei durch Abwiegen des vollen und später des leeren Fasses zu bewerkstelligen. Ein Liter Bier im Zustande der Brauerfertigung wiege 1 Kg. Die Anzahl der ermittelten Netto-Kilogramm müsse demnach übereinstimmen mit der Literzahl des Fasses. Solches sei regelmäßig der Fall.

Die Verammlung beschloß, in Gemeinschaft mit den anderen Fallischen Wirtevereinen, die gütliche Aufhebung der Polizeikunde für die Stadt Halle zu beantragen. Der Entwurf der Eingabe wird genehmigt.

Die nächste Verammlung ist am 12. Juli bei Herrn Krüger, Kotes Haus bei Teicha.

Dem Privatdozenten in der theol. Fakultät der hiesigen Universität Dr. theol. und Dr. phil. Hoelscher, ist das Prädikat Professor verliehen worden.

Dr. rer. pol. Hans Gehrig, Privatdozent an der Universität Halle, wurde zum Nachfolger von Prof. von Wiebe als ordnungsmäßiger Professor der Nationalökonomie an die technische Hochschule in Hannover berufen. Gehrig nahm den ehrenvollen Ruf an.

Apokalypse. Wie uns aus dem Theaterbureau mitgeteilt wird, ist er Direktor Max Samit gelungen, den größten Schläger der Saison „So'n Lindhund“ zu erwerben. Das überaus lustige und humorvolle Stück, welches augenblicklich in Leipzig, Berlin, Köln täglich ausverkauft Häuser erzielt, geht Ende der Woche in Genu. Heute und folgende Tage wird „Der Fehltritt einer Frau“ gegeben.

Das Eisenbahnunglück in Schweden.

Ueber die entsetzliche Eisenbahnkatastrophe bei Malmö, die durch leichtsinniges Verschulden des Stationsvorsetzers von Malmösdorf heraufbeschworen wurde, werden fortgesetzt traurige Details bekannt.

Die Passagiere des verunglückten Zuges wurden nach dem benachbarten Linbköping gebracht. Hier befinden sie sich auch Montag noch. Die Passagiere sind nicht durch Verletzungen zum Verweilen am Orte gezwungen, sondern dadurch, daß ihnen bei der Katastrophe sämtliches Gepäck und alle Kleidungsstücke verloren gegangen sind. An der Unglücksstelle selbst ereigneten sich

suchbare Szenen.

Die Gasbehälter der einzelnen Wagen explodierten, und helle Flammen schossen aus den vollständig zertrümmerten Waggons hervor. Bald stand der größte Teil des Zuges in Flammen. Aus dem Feuer hörte man das Geschrei der Reisenden, die zwischen den einzelnen Wagenteilen eingeklemmt lagen und sich nicht befreien konnten. Nach mühevoller Arbeit gelang es, dem Brand zu löschen. Nun galt es, die Verwundeten in Sicherheit zu bringen. In der ersten Zeit wurden die Verwundeten mit Betten und Decken in Wagenteilen auseinander gehauen und so die mehr oder minder Schwerverletzten und Toten aus ihrer entsetzlichen Lage befreit. Die Unverletzten, von denen viele durch den heftigen Aufprall einen Verstoß erlitten hatten und längere Zeit bewusstlos waren, wurden beiseite geführt. Doch konnten die Bahnbeamten es nicht verhindern, daß sie hinzuläuteten, um nach den vermissten Verwandten um zu suchen.

Die Verwirrung und Aufregung wurde immer größer. Wenn die unversehrt gebliebenen Passagiere ihre Angehörigen fanden, spielten sich Szenen von erschütternder Tragik ab. Außer dem Stöhnen und Weinen der Verwundeten hörte man das Schreien und Schreien der Leute, die ihre Angehörigen entweder durch den Tod verloren oder schwer verletzt gefunden hatten. Die zusammengekauften Züge bildeten ein wildes Chaos.

Die beiden Lokomotiven waren aufeinandergefahren, die Schnellzugmaschine lag vollständig auf der Seite, die Waggons waren ineinander geschoben und viel Wagenteile lagen zertrümmert auf der Unglücksstätte umher. Der Transport der Verletzten machte unsäglich Schwierigkeiten, während bei vielen der Zustand lebensgefährlich war, weigerten sich die Leichtverletzten infolge der ausgehenden Angst, den Hilfszug zu besteigen. Sie wollten an der Unglücksstelle liegen bleiben. Die Zugbeamten des Hilfszuges mußten mitunter Gewalt anwenden, um die Hilfsverletzten in den Zug hineinzudrängen. Die Leichen sind jetzt alle bis auf zwei identifiziert. Zuletzt konnte man die des Direktors der Zentralfabrik in Stockholm Samrice und seiner Frau feststellen.

Kapitän Oskar Wallenberg, der mit dem verunglückten Zug reiste, erzählt von der Katastrophe in der „B. Z. A.“ folgende interessante Details: Der Zug war infolge der in der Nacht zwischen Sonnabend und Sonntag entstandenen Verspätungen zusammengeschlossen, als es sonst üblich ist. Hinter der Lokomotive befand sich ein Gepäckwagen, dem der Kopfenwagen und der erste und zweite Malmöer Wagen folgten. Dann kamen mehrere Helfings- und Karlströmerwagen. Herr Wallenberg befand sich in einem der Karlströmerwagen. Der Zusammenstoß war so heftig, daß sogar dieser Wagen, der siebente des Zuges, sich lenkrecht in die Höhe stellte. Der Gepäckwagen wurde vollständig zertrümmert, das Vorderende des Kopfenwagens war vollkommen zermalmt, das hintere Ende steckte in dem ersten Malmöer Wagen und dieser wieder in dem zweiten Malmöer Wagen. Die Expresslokomotive war auf die Maschine aufgefahren und hatte diese vollkommen zerdrückt.

Provinzialnachrichten.

5. Mitteldeutsches Zimmerföhlen-Bundesföhlen.

V. Merseburg, 17. Juni. Die weiteren Veranstellungen am gestrigen Sonntag stitten viel unter dem feinsten und regenreichen Wetter, so daß die Beteiligung an dem Feste seitens des Merseburger Publikums nicht so groß wie sonst war. Die Hauptversammlung wurde gegen 8 Uhr abends vom Bundesvorsitzenden Schöberl eröffnet. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Beteiligung seitens der Vereine an dem diesjährigen Bundesföhne eine noch dagewesene zahlreiche und betonte gleichzeitig, daß auch die bis jetzt erzielten Resultate großartig seien. Herr Bürgermeister Dr. Paade, der für den Sonntag abend als Protektor die Föhne übernommen hatte, konnte wegen Erkrankung nicht erscheinen.

An dem am Sonntag nachmittag abgehaltenen Gesellschaftlichen auf Merseburger (45 Schuß) Schieß zu 20 Ringen beteiligten sich 10 Gesellschaften. Als Sieger gingen hervor: 1. Zimmerföhlen-Gesellschaft Halle mit 787 Ringen; 2. Zimmerföhlen-Verein „Gut Ziel“ Magdeburg mit 785 Ringen und 3. Zimmerföhlen-Gesellschaft Weiskensfeld mit 774 Ringen. Wertvolle Ehrenpreise wurden den Siegern mit Worten der Anerkennung überreicht.

Nachdem der Bundesvorsitzende dem Merseburger Verein für Uebernahme des Föhnes seinen Dank abgebetet hatte, ließ er seine Rede ausföhren in einem hoch auf den Kaiser, als den Förderer und Beschützer des Schießsports.

Das nächstjährige Bundesföhne wird in den Mauern der Stadt Magdeburg abgehalten werden. Die Beteiligung an dem Feste (Montag) angelegten Schießen ist eine lebhaft und läßt gute Resultate erhoffen.

Festnahme eines Räubers.

Seitgenstadt, 16. Juni. Südbannover und Nachbargebiete wurden schon seit Monaten von einem Straßenräuber, Einbrecher und Zechpreller unsicher gemacht. Endlich ist es gelungen, den gemeingefährlichen Räuber in der Person des arbeitslosen Hermann Sorge aus Dahlenrode bei Friedland (Leine) dingfest zu machen. Von einem des Weges kommenden Wanne forderte S. gestern unter Vorhaltung eines Revolvers die Herausgabe seiner Barföhe. Da der Mann kein Geld hergab, fiel der sehr kräftige Räuber über ihn her, schlug ihn zu Boden

und raubte ihm drei Mark. Als der Ueberfallene floh, lief Sorge hinter ihm her und schlug ihm mit dem Messer den Rücken demerter. Sorge ist auch der Einzige in Friedland von dem Gattwitz Hülsen überzogen und auf der Flucht durchs Fenster angefallen worden ist. Mit Hilfe des Gattwitz Polizeibeamten ist es gestern gelungen, den verundeten Einbrecher in einem Koggenstube ausfindig zu machen und festzunehmen. Sorge wurde sofort nach Göttingen in das Landgerichtsgewahrsam transportiert. Die ganze Gegend ist froh, den gemeingefährlichen Kerl endlich hinter Schloß und Riegel zu wissen.

V. Merzbürg, 17. Juni. (Kinderfest.) Das auch über die Manern Merzbürgs hinaus bekannte Kinderfest wird am Montag, den 1. Juli, abgehalten werden.

Wehra, 16. Juni. (Bürgermeisterwahl.) Bei der gestern hier stattgefundenen Bürgermeistereiwahl wurde Herr Dr. Gleitsmann-Vitterich auf eine 23jährige Amtszeit zum Bürgermeister unserer Stadt einstimmig gewählt. Dr. Gleitsmann tritt am 1. Oktober 1912 sein neues Amt an.

Rignold, 16. Wehra, 16. Juni. (Gemeindebesprechung.) Am Freitag wurde Herr Kantor Die auf sechs Jahre als Gemeindevorsteher wiedergewählt. Als Schöffen wurden die Herren Gutschieber, A. Hohmann und A. Schröder gewählt.

Wansfeld, 15. Juni. (Von der Kleinbahn erzählt.) Gestern nachmittag wurde das jährliche Tägliches des Bergmanns Wilhelm Vogel von der eiserernen Wohnung von dem Wagen der elektrischen Kleinbahn Richtung Leimbach-Wansfeld in dem Augenblick überfahren, als es aus dem Hause kommend über den Bahndamm laufen wollte. Der rechte Unterschenkel ist zertrümmert, der linke Fuß schwer verletzt.

Nicolausfeld, 15. Juni. (Ein wehrhaftes Geschlecht.) Bei der diesjährigen Musterung wurde unter den Gefestigungsleistungen keiner zum Seeresdienst tauglich befunden. Dieb! Vaterland, magst ruhig sein!

Altburg, 15. Juni. (Unfällefall in Bergwerk.) Im Havelberger Kohlenbergwerk entgleiteten drei leere Wagen eines Baggagezuges. Dabei geriet ein als Bremser tätiger 20 Jahre alter polnischer Arbeiter unter einen der umgefallenen Wagen und wurde erdrückt. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Kunst und Wissenschaft.

Hackel gegen Harnad.

Die maßlosen Angriffe gegen den Monismus, die Harnad Ende Mai auf dem Evangelisch-sozialen Kongress in Essen vorbrachte weist Hädel in folgenden Auseinandersetzungen im „Zeitgeist“ zurück:

In einer denkwürdigen Rede, welche Eggzellens A. Harnad am 28. Mai 1912 auf dem Evangelisch-sozialen Kongress in Essen gehalten hat, und welche von dem stark besuchten Kongress mit „stürmischen Beifallsausdrücken“ aufgenommen wurde, hat dieser berühmte Berliner Theologe den uralten Kampf zwischen Wissenschaft und Kirchenglauben — zwischen Wahrheit und Dogma — aufs schärfste beleuchtet. Seinen schwersten Angriff richtete er gegen unseren „Monismus“, den er als ein „dürftiges Schlagwort“ und als einen „wertlosen Pappentitel“ bezeichnet. Wir modernen Monisten, welche unsere einheitliche Weltanschauung auf die erkannten Ergebnisse der Naturwissenschaft im neunzehnten Jahrhundert gründen, sind nach seiner Ansicht „Bogabunden“, welche mit ihrer exakten Naturkenntnis „keine Weltanschauung gewinnen, sondern höchstens damit herumtrotzeln können.“

Da Eggzellens Harnad nicht nur angelegener Professor der Kirchengeschichte an der größten deutschen Universität, sondern auch Generaldirektor der königlichen Bibliothek in Berlin ist, und als ein vielseitiger Gelehrter von literarischem Geschmack und umfassender Gelehrsamkeit gilt, müssen die heftigen Schmähungen seiner „Kapuzinerpredigt“ in Essen nicht nur wegen ihrer maßlosen Angriffe auf die Naturwissenschaft befremden, sondern noch mehr wegen des auffälligen Mangels an philosophischer Bildung und Unkenntnis der isagogischen Tatsachen. Auf eine Widerlegung der grundlegenden Irrtümer seiner dualistischen, speziell-evangelischen Weltanschauung eingehen, erscheint bei deren Oberflächlichkeit überflüssig. Meine entgegengelegten monistischen Überzeugungen sind durch meine „Natürliche Schöpfungsgeschichte“ (1868) und „Weltatlas“ (1899) genügend bekannt. Nur über ein „Schlagwort“ möchte ich, direkt von der Redaktion des „Zeitgeists“ aufgefordert, hier einiges erwidern, nämlich über den „Pappentitel des Monismus“.

Der philosophische Begriff des „Monismus“, als einer streng einheitlichen Weltanschauung, ist schon um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts in verschiedenem Sinne gebraucht worden; bald sollte der Geist oder die Kraft, bald der Körper oder die Materie das gemeinsame Prinzip aller Erscheinungen sein; erstere Anschauung wurde im „Idealismus“, letztere im „Materialismus“ einseitig betont. Dagegen hat unser moderner Monismus einen ganz bestimmten und eindeutigen Begriff erst seit fünfzig Jahren gewonnen, seitdem unsere einheitliche Entwicklungslehre unter schweren Kämpfen sich das Gesamtgebiet der menschlichen Wissenschaft unterwarf und die oberliegenden Dichtungen von einer übernatürlichen „Schöpfung“ endgültig vernichtete. Ich selbst habe in diesem Sinne (1866) im ersten Buch meiner „Generellen Morphologie“ den Monismus und die mechanistisch-lanthate Erkenntnistheorie scharf gegenübergestellt dem traditionellen Dualismus und der teleologisch-vitalistischen Richtung. Später habe ich in meiner Altenburg-Rede (1892) die allgemeine Bedeutung des „Monismus als Band zwischen Religion und Wissenschaft“ erklärt. Im Laufe der letzten zwanzig Jahre hat sich diese naturgemäße, von den Feinsten des Übergläubens befreite Weltanschauung unter den naturwissenschaftlich Gebildeten weitest Anerkennung erworben, trotz aller Hindernisse, welche die mächtige „gebietende Tradition“ — geführt durch die Gewalt von „Ikon und Altar“ — ihm in den Weg legten. Wenn Herr Professor Harnad jetzt noch diese gewaltige Bewegung als einen wertlosen „Pappentitel“ lächerlich zu machen sucht, so beweist er damit nur seine Unkenntnis der

modernen Wissenschaft. Der geistvolle Präsident des Deutschen Monistenbundes, der berühmte Naturphilosoph Wilhelm Ostwald, hatte im September 1911 auf dem erfolgreichen „Ersten Monistenkongress“ in Hamburg diesem glänzenden Erfolg unseres modernen Monismus einen treffenden Ausdruck gegeben, indem er den Kongress mit den Worten schloß: „Ich eröffne hiermit das monistische Jahrhundert“. Wenn jetzt der bibelgläubige Theologe Harnad diesen verdienstvollen Naturforscher (der ihm an Kenntnissen wie an Urteil weit überlegen ist) als einen „leeren Mann“ bezeichnet, so beweist er damit nur die Schärfe seines prinzipiellen Gegenlatzes. Geradezu lächerlich ist es, wenn er hinzusetzt: „Das monistische Jahrhundert ist eröffnet worden, als Moses schrieb: Im Anfang schuf Gott Himmel und Erde!“

Das Wertwürdigste an diesem erkannten Vorgang ist vielleicht, daß dieser fanatische Bibelgläubige vor zwei Jahren von Kaiser Wilhelm zum Präsidenten der neuen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ernannt worden ist, deren Hauptaufgabe es ist, unabhängige naturwissenschaftliche Forschungsinstitute zu organisieren. So wird sicherlich die „Box zum Gärtner“ erkannt! Indessen sind wir ja seit vierundzwanzig Jahren an solche wunderbaren Uebertragungen gewöhnt; wir erinnern nur an den „Pappentitel“ Bismarck!

Vermischtes.

Der Gattenmord in Berlin

Dürfte als völlig geklärt angesehen sein. Von dem flüchtigen Zinte ist noch keine Spur gefunden. Die Polizei hat jetzt eine Besetzung von 500 Mark für die Ergreifung des Mörders ausgelegt. Eine im Hause Plottmüllstraße 18 wohnende Frau Hoff will dem S. etwa gegen 1 Uhr nachts auf der Treppe begegnet sein, als er eilends das Haus verließ. Wenn die Befragungen der Mutter der erdoltenen Frau Z., wie sie berichtet, infolge der Aufregung schwer erkrankt ist, richtig sind, dann hat Zinte den Mord mit Vorbedacht ausgeführt. Er soll nämlich die von ihm in der Wohnung befindlich gewesenen Photographien nachher beseitigt haben, anscheinend um die Ermittlungen der Polizei zu erschweren.

Unwetter und Wirbelstürme.

Freiburg i. Br., 17. Juni. Infolge andauernden Regens ist der Rhein in seinem Oberlauf mit den Nebenflüssen vielfach über die Ufer getreten. Die Drifthalten Badisch-Rheinfelden, Nollingen und Minseln sind teilweise überflutet. Die Bewohner mühten sich in die oberen Stauderwerke flüchten. Bei Klein-Laufenburg sind die unterirdischen Schienenwege überflutet.

Sirchberg, 17. Juni. Im Riesens- und Jergelgebirge gehen noch fortgesetzt heftige Regengüsse und Gewitter nieder. In Walsdorf wurde der Arbeiter Müller vom Blitz erschlagen und der Getreidebesitzer Wendrich getötet.

Wiesbaden, 17. Juni. Ein 14jähriges Mädchen wurde in dem bekannten Wundertort vom Blitz erschlagen und dessen Großmutter tödlich geküßt; in Schwarzenau erlitt eine 64jährige Frau den Tod durch Blitzschlag.

Kanjasin, 17. Juni. Ein Gewittertum hat am Sonnabend abend in Mittel- und West-Missouri großen Schaden angerichtet. 26 Personen sind untermommen, der Materialschaden ist bedeutend. Die Städte Merwin, Adrian, Beason, Gedalia sind stark beschädigt. In Jonesville (Ohio) ist der Glockenturm der katholischen Kirche durch einen Tornado während des Gottesdienstes eingestürzt. Drei Personen wurden getötet, darunter der Pfarrer, der nach dem ersten Schreck, den Gläubigen befehl, zu flüchten, während er selbst blieb, um die letzten Sakramente zu spenden. Der in Ohio angerichtete Schaden wird auf vier Millionen Mark geschätzt.

Geschiebener Dokumenten Diebstahl.

In Madrid ist ein Franzose verhaftet worden, der sich im Besitz zahlreicher außerordentlich geschlossener historischer Dokumenten befand. Man entdeckte bei ihm die Versteckung des gemeinsamen Friedensvertrages, der zwischen Ludwig XIV. und Philipp IV. von Spanien geschlossen worden ist, ferner den Vertragsentwurf Ludwig XIV. mit Maria Theresia, der Tochter Philipps IV. sowie verschiedene Dokumente aus der Zeit Kaiser Karls V. Die Polizei bewahrt strenges Stillschweigen über die ganze Angelegenheit.

Chefrennung der Gräfin Montignolo. Die Komödie im Hause Toselli hat jetzt ein vorläufiges Ende gefunden. Die beiden Ehegatten Toselli erschienen in höchster Eintracht vor dem Gerichtspräsidenten in Florenz, wo die Gräfin erklärte, daß sie jetzt in die Chefrennung von Toselli einwilligen wolle. Sie gab zu Protokoll, daß sie nichts dagegen einzuwenden habe, wenn ihr Kind den Eltern ihres Mannes übergeben werde. Nur stellte sie die Bedingung, daß sie das Kind beibehalten könne, so oft sie wolle. Nachdem alle Einzelheiten genau fixiert waren, wurde die Trennung ausgesprochen, worauf die Gräfin von dem Maestro zum allgemeinen Erkaufen in größter Heftigkeit Abschied nahm und dann allein das Tribunal verließ.

Einkunftsstürze in Anhalt. Wie ein Telegramm aus der öffentlichen Gubernementsstadt Saratow meldet, ist in dem lenachbarsten Schicksal der Provinz die Mauer einer Knochenfabrik eingestürzt und hat zahlreiche Personen unter ihren Trümmern begraben. Siebzig Arbeiter sind bei der Katastrophe getötet worden.

Bootsunglück auf dem Tanager. Wie aus Zürich telegraphiert wird, hat sich auf dem Tanager ein schweres Unglück zugezogen. Zwei junge Kaufleute, Paul Guton und Albert Serren hatten eine Segelpartie auf dem See unternommen. Das Segelboot wurde heftig treibend auf See gefunden.

Tot ausgefunden. Der seit dem 30. April vermisste 23jährige Student der Naturwissenschaften Heinrich Hüftenbach in Erlangen, auf dessen Auffindung seine Angehörigen eine Summe von 1000 Mark ausgelegt hatten, ist jetzt bei Bergen in Norwegen tot ausgefunden worden. Er ist bei einer Felsabsturzung abgehürzt.

Infektiose Erkrankungen. Unter den Mannschaften des ersten Bataillons des 149. Inf.-Regts. in Schneidemühl ist der Ausbruch eines infektösen Darmkatarrhs in umfangreichem Maße festgestellt worden. Bisher mühten 22 Mann dem Garnisonlazarett zugeführt werden. Die Ursache der auffälligen Erkrankungen ist bisher noch nicht festgestellt; um Typhus scheint es sich jedoch nicht zu handeln.

Postträger. In Paris ist ein Mann namens Rouffet unter der Befehlshaltung verhaftet worden, er hätte die Post aus Zentralamerika bestohlen. Er trug near aus Auba, Mexiko

und Zentralamerika flammende Briefe bei sich, die sechs enthielten, die er jedoch noch nicht hatte anrühren können, und von denen einer auf 500 000 Fr. lautete. Der Diebstahl wurde wahrscheinlich im Gebäude der Postverwaltung begangen.

Letzte Nachrichten.

„Chauvinismus in Deutschland“.

Deutschfeindliche Heftartikel in der französischen Presse. **S. Paris, 17. Juni.** (Briattelegramm.) Der Korrespondent der „Temps“ in Berlin veröffentlicht einen längeren Artikel unter der Ueberschrift „Chauvinismus in Deutschland“, der von der ersten bis zur letzten Zeile heftige Auslassungen gegen den deutschen Patriotismus enthält. Der Korrespondent, der als deutschfeindlich bekannt ist, lagt zum Schluß seiner Ausführungen:

„... Die deutsche Regierung ist friedlich, die öffentliche Meinung feindselig. Der Friede hängt von einer Kabinetsänderung abhingen. Die Autorität des Kaisers und dessen Loyalität sowie die des Reichstags sind der einzige Damm, der die bösenogen wehret. Die Konsole wird keineswegs ewig. Die Dispositionen der Souveräne können sich ändern, während die Bestrebungen zur Propaganda, die den einzigen Zweck des Flottenvereins bilden, sich nicht ändern, wenn die Regierung die öffentliche Meinung zu corrigieren nicht imstande ist. Wir befürchten, daß diese Meinung eines Tages auf die Regierung Einfluß gewinnt. Eine höchst gestellte Persönlichkeit des Deutschen Reiches bestätigte kürzlich mit melancholischem Lächeln, daß den nächsten Krieg die Presse erklärt.“

Die Eisenbahnkatastrophe bei Malmalatt.

Die Schuldfrage.

Stoßholm, 17. Juni. In einer Unterredung erklärte der Stoßholmer Lokomotivführer des verunglückten Schnellzuges auf das Bestimmte, daß bei der Einfahrt in die Station Malmalatt das Signal auf freie Fahrt stand, worauf er seinerseits das Anhaltenssignal abgegeben habe. Als sich der Zug aber der Weiche näherte, bemerkte er, daß die Weiche falsch gestellt war und der Zug auf ein Nebengleis geleitet wurde, auf dem, wie er deutlich sehen konnte, ein anderer Zug stand. Der Schnellzug hatte in diesem Augenblick eine Geschwindigkeit von 50 Kilometern in der Stunde. Er fügte hinzu, er erinnere sich noch, als er trotz Bremsen, was aber dann geschah, darüber könne er nichts mehr sagen.

Trauerunterredungen.

Stoßholm, 17. Juni. In der Kirche zu Malmalatt fand ein Trauergottesdienst für die Opfer der Katastrophe von Malmalatt statt, der sich zu einer ergreifenden Feierlichkeit gestaltete. Die fährlichen Wunden und eine große Versammlung nahmen daran teil. Die Reden intonierte der englische Chorist: „Häher, mein Gott, zu Dir“. Ebenso wurde in Einklang ein Trauergottesdien abgehalten. Heute nachmittag haben die Verhöre in der Angelegenheit der Katastrophe begonnen.

Stoßholm, 17. Juni. Die auswärts verbreitete Nachricht von der Beschädigung des Stationsvorkehrers in Malmalatt bekräftigt sich nicht. Bisher ist überhaupt noch keine Verhaftung wegen des Bahnunglücks vorgenommen worden. Das Verhör findet heute statt.

Die Gewerkschaftsfrage.

w. Baderborn, 17. Juni. In einer Erklärung des Bezirkspräsidenten der katholischen Arbeitervereine von Baderborn verurteilen die Vorstandsmitglieder der katholischen Knappschafts- und Arbeiterverbände aus schärfste die schweren Anschuldigungen, die der Verband der katholischen Arbeitervereine in Berlin neuerdings in einer Jubiläumsschrift an den h. Vater gegen die im Kartell vertretenen Arbeiter Welt-, Süb- und Südwestlands wegen ihrer Stellung zur Gewerkschaftsfrage vorgebracht haben. Man begrüßt es gleichzeitig freudig, daß die durch die Gegner heraufbeschworenen Befürchtungen, die Rede des Quattus in München werde die Grundlage neuer Differenzen bilden, nicht eintreffen. Man hofft, daß sich die Wogen der Erregung bald legen werden.

Haupt- und Stichwahltermine für Hagenow-Grewesmühlen.

H. Hagenow, 17. Juni. Im Wahlkreis Hagenow-Grewesmühlen ist bereits durch eine Bekanntmachung des Wahlkommissars der 28. Juni als Termin für die vorläufiglich notwendige Stichwahl in Aussicht genommen worden. Die Hauptwahl findet am 20. Juni statt. Es fällt allgemein auf, daß der Stichwahltermin so ungewöhnlich früh angelegt ist.

J. Pasquel †

Berlin, 17. Juni. (Bri. Te.) J. Pasquel, ein treuer Anhänger der fortschrittlichen Volkspartei, ist im Alter von 66 Jahren gestorben. Pasquel hat 17 Jahre lang in der Berliner Stadtvorordnetenvertretung den dritten Gemeinbezirk in der zweiten Abteilung vertreten.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Die nächste Zimenau, Montag, 17. Juni, 8 Uhr morg.

Lufdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Infolge allgemeiner Druckzunahme ist das bei der Dfise liegende Tief stark abgeflacht, was das azorische Hoch dringt von Südwesten her vor, wodurch Abnahme von Bewölkung und Regen auch in Mitteldeutschland veranlaßt wird. Von Westen scheint aber bereits ein neues Tief zu nahen. Das westliche Wetter wird so voraussichtlich noch fortdauern.

Witterungsansicht für den 18. Juni:

Mäßiger bis lebhafter Wind, nur zeitweise heiter, meist trocken, wärmer.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.)

- 18. Juni: Meist heiter, trocken, mäßig warm.
- 19. Juni: Wolfig, kühl, warm, streichende Regen, Gewitter.
- 20. Juni: Wolfig, teils heiter, normal, warm.
- 21. Juni: Bewölkt mit Sonnenblitzen, kühl, warm, Streidregen.
- 22. Juni: Bewölkt, Regenfälle, Neigung zu Gewittern.

